

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Chief-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Hubert Wolff in Berlin.

Vor einem Protest an Frankreich wegen des Bochumer Mordes

Die Zechenbesitzer vor das französische Kriegsgericht „befohlen“. — Die weiteren „Sanktionspläne“.

Drohende Beschlagnahme aller Bergwerke.

Unveränderte Besetzungsgrenze.

Noch keine Beschlagnahme von Eisenbahnwagen.

Die Reichsregierung wird, wie von amtlicher Seite berichtet wird, wegen der Ermordung des französischen Bürgers in Bochum an die französische Regierung eine Protestnote richten. Nach an Berliner amtlicher Stelle aus dem Ruhrgebiet eingelaufenen Meldungen hat die Besetzungsgrenze gestern Abend keine Veränderung erfahren. Die Verteilungen von einer Beschlagnahme deutscher Eisenbahnwagen sind unzutreffend. Es sind aber Leerwagen noch beladene Wagen mit Beschlagnahme belegt worden. Drei Truppenzüge von Düsseldorf nach Bochum sind angefordert worden. Der französische Oberst Kullier, der für den Zwischenfall in Bochum verantwortlich gemacht wurde, ist von seinem Posten entsetzt worden. Auch das Regiment, das bisher in Bochum lag, ist abberufen und durch andere Truppen ersetzt worden.

Der Reichspräsident hat an den Oberbürgermeister Bochum folgendes Telegramm gerichtet: „Gewalttätige Willkür französischer Truppen hat Leben und Blut wehrloser Bürger Ihrer Stadt gekostet. In tiefer Entrüstung über die unrichtige Tat bitte ich Sie, den Opfern meine herzlichste Teilnahme auszudrücken. Insbesondere Herrn Lokomotivführer Birne mein aufrichtiges Beileid zum Tode seines ermordeten hütungsbesessenen Sohnes übermitteln. Geg. Reichspräsident Ebert.“ — In Ergänzung einer privaten Sammlung für die Opfer der Bochumer Mordtat hat der Reichspräsident 100 000 Mark als erste Hilfe dem Oberbürgermeister von Bochum überwiesen.

Die Kohlenrequisitionen durch die Franzosen.

Die Schiffer wollen die Kohlentransporte einstellen.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Kohlenrequisitionen in der Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier haben im Laufe des heutigen Tages größeren Umfang angenommen. Nachdem gestern Abend zunächst nur die Kohlenladung eines einzelnen Rahnes quiritiert worden war. Im Laufe des Vormittags haben die Franzosen eine ganze Anzahl weiterer Schiffsladungen mit Kohlen beschlagnahmt und den Schiffen aufgegeben, sich neue Schiffsbriefe ausstellen zu lassen. Danach die beladenen Rähne anfast nach ihrem ursprünglichen Bestimmungsort nach Straßburg gehen sollen. Diese Maßnahme der Franzosen wird unbedingt zum gänzlichen Stillstand des Kohlentransports auf dem Rhein führen, da sich die Kohlenfrachter nicht der Gefahr der Beschlagnahme der Kohlenladungen aussetzen wollen und deshalb die Kohlenverschiffungen einstellen werden.

„Ein Streit wird nicht geduldet.“

Neue Besprechungen mit den Gewerkschaften.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Hier verlautet, daß als weitere Sanktion die Beschlagnahme aller leeren Güterwagen sowie der Schlepppläne auf dem Rhein und dem Rhein-Selwe-Kanal erfolgen soll. Ferner ist damit zu rechnen, daß die Beschlagnahme aller Bergwerke und deren Kontrolle in Aussicht genommen sei. Auf vielen Punkten von Zechen, Anschlußstellen und Güterstationen in dem besetzten Gebiete stehen eine weit größere Zahl als je seit einem geforderten und geliefert 20 000 bis 30 000 leeren Güterwagen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Beschlagnahme dieser Wagen sofort in größerem Umfang vor sich geht, da die Eisenbahnbeamten dem deutschen Geleise unterworfen sind und die französischen Eingriffe keinesfalls fördern dürften werden.

Bis vormittags 11 Uhr ist auch, wie ich höre, noch keine Beschlagnahme von Privatbergwerken erfolgt. Ebenso sind bei den belagerten Zechen bis zur Stunde keinerlei Schritte seitens der französischen Besatzungsbehörde unternommen worden. Bei den verschiedenen größeren Zechen wird mir auf Anfragen mitgeteilt, daß die Zechen auch heute keinerlei Reparationsarbeiten leisten werden.

Im Gebäude der Eisenbahndirektion Essen fand eine Konferenz zwischen den Gewerkschaften und Organisationsarbeitern, Angehörigen und Beamten der Reichsbahnen und Vertretern der Besatzungsbehörde statt. Eisenbahnarbeiter aus allen Teilen des neu besetzten Gebietes waren erschienen. Der französische Oberst hielt eine Ansprache, in der er die Arbeiter aufforderte, ihre Arbeit ruhig weiter zu ver-

richten. Bei der Besatzungsbehörde würden sie „volles Verständnis“ und „wenn nötig, Unterstützung“ finden. Auf grundsätzliche Einwände über die Rechtfertigung des französischen Vorgehens erklärte der Oberst, nicht antworten zu können. Er spreche nur als Soldat. Aus der Versammlung heraus wurde deutschseits die Frage des Streikrechts angesprochen. Der französische Vertreter erklärte, daß ein Streik nicht geduldet und mit Zwangsmassnahmen unterdrückt würde.

Amsterdam, 18. Januar. (W. T. N.)

Nach einer Witterungsmessung wird der Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes, Jimmen, heute Abend nach Berlin anreisen.

Das Singen deutscher Lieder verboten.

Auf Befehl der Besatzungsbehörde.

Essen, 18. Januar. (W. T. N.)

Auf Befehl der Besatzungsbehörde ist das Singen nationaler Lieder wie „Die Wacht am Rhein“ und das Deutschlandlied verboten worden.

„Ausweisung der deutschen Beamten.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 18. Januar.

In den Pariser Zeitungen wird die Situation im Ruhrgebiet in folgender Weise geschildert: Auf deutscher Seite wird versucht, Transportfahrzeuge und Eisenbahnwagen vom Ruhrgebiet abzulassen, um, wenn möglich, den Abtransport von Kohle zu verhindern oder doch zu erschweren; die Zechenbesitzer bleiben weiter bei der Wagerung, Kohle zu liefern, da ihnen von der Reichsregierung angedroht worden ist, daß ihr Besitz konfiszieren werde, wenn sie nachgeben. (Das ist natürlich eine peride Unterstellung. Die Red.) In London haben Verhandlungen stattgefunden, die zur Gewährung eines Kredits für die Lieferung englischer Kohle an Deutschland geführt zu haben scheinen, wahrscheinlich gegen Verpändung von Gruben und Werksstätten in dem Gebiete der jetzt besetzten Zone (?). Auf französischer Seite werden auf den Bahnhöfen und Häfen die Kohlentransporte abgeleckt, die vorgestern etwa über 6000 Tonnen Kohle und Koks nach Frankreich brachten; eine Bilanz von gestern steht noch. Gegen die „widerrechtlichen“ Zechenbesitzer ist Klage vor dem Kriegsgericht erhoben worden; sie sind aber nicht in Haft genommen worden. Die Kohlensteuer wird sofort erhöht werden, zunächst in Papiermark, und später nach der Einführung eines gesicherten (!) Notatoriums zum Teil in fremden Devisen. Mit Zustimmung der italienischen Regierung sollen sogleich die linksrheinischen Staatsforsten mit Beschlagnahme belegt und für die Reparationen ausgenutzt werden. Einige englische Ingenieure sind im Ruhrgebiet angekommen und nehmen an unserer Arbeit teil. (?) Nachdem die neue Verfassung der Reichsregierung durch die Reparationskommission festgestellt worden ist und der Widerstand der Deutschen sich verschärft hat, ist eine Reihe von Sanktionen in Aussicht genommen, unter denen vorläufig zu nennen ist: Die Konfiszation der staatlichen Gruben, die Ausweisung der preussischen Beamten, Beschlagnahme aller Steuern sowie Einführung einer Zollgrenze.“

„Wenn die Reichsregierung den Wirtschaftskrieg will, so soll sie ihn haben.“ sagt der „Matin“ diesen Vespertag hin. Der Ton der Regierungspresse ist energisch und drohend. Die Zweifel und Bedenken, die gestern in einigen Häutern zum Ausdruck gekommen sind, werden heute, wahrscheinlich auf Anordnung der Regierung, unterdrückt. Das Eintreffen des Reichskohlenkommissars in Essen wird von einigen Zeitungen als Zeichen für den Verhandlungswillen der Reichsregierung gedeutet. (Diese Auslegung ist darum schon gegenstandslos, weil sie sich auf eine falsche Meldung stützt. Der Reichskohlenkommissar weist ununterbrochen in Berlin und hat auch keinen Vertreter nach Essen entsandt. Daß die deutsche Regierung sich zu Sonderverhandlungen mit Frankreich oder Belgien niemals bereit finden wird, so lange noch fremde Truppen auf deutschem Boden stehen — dabei bleibt es, wenn es die Pariser Presse auch nicht wahrhaben will. Die Redaktion.) Vertinag drückt im „Echo de Paris“ einige Zweifel in dieser Beziehung aus. Die militärischen Operationen sind nach Mitteilung des „Reit Parisis“ offiziell beendet, und General Dequatte hat den üblichen Dankesbefehl erteilt. Einige Zeitungen glauben, daß die Besetzung vorläufig in Eänen stehen bleibt, unter Umständen später aber noch durch die „Groberung“ von Hamm und Münster ergänzt werden könnte. Bezieht ist nach den hier veröffentlichten Akten das ganze Grubengebiet. Die Franzosen können die Kohlenzufuhr nach dem übrigen Deutschland abschneiden. Die meisten Vorteile stehen nach einem weiteren Berichte zwei Nachbarn gegenüber. 1. Die Besatzungsarmee und die Reichswehr sind einander an manchen Stellen so nahe, daß mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen ist. 2. Die Bevölkerung in den Städten, besonders in Dortmund, beginnt unter dem Anangel an wichtigen Nahrungsmitteln zu leiden. Die französischen Generale fürchten die Folgen einer Ausbreitung der Arbeitslosigkeit.

Französische Illusionen.

Wer die französische Presse in diesen Tagen aufmerksam verfolgt, erkennt überall das Bestreben, dem französischen Publikum Mut zuzusprechen angesichts der unüberlebenden Ausdehnung, die das Ruhrabenteuer in den wenigen Tagen bereits angenommen hat. Der „Matin“ überschreibt sein gestriges Stimmungsbild mit den Worten „Deutschland entmutigt, scheint begierig, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.“ Er läßt sich aus London meiden, daß die Ausdehnung der französischen Okkupation eine vollkommene Entmutigung bei allen Bevölkerungsschichten Deutschlands hervorgerufen habe, und daß aus offiziellen Erklärungen wie aus Presseäußerungen hervorgehe, Deutschland falle um und möchte gern wieder in Verhandlungen eintreten. In dieselbe Richtung weisen die heute früh von uns veröffentlichten Meldungen der gestrigen Pariser Abendblätter, in denen namentlich die Lage der Berliner Gas- und Elektrizitätswerke in den düstersten Farben gemalt und der Berliner Oberbürgermeister als Kronzeuge der französischen Auffassung zitiert wird. Und den gleichen Zweck verfolgt die in der handhändigen Presse verbreitete Lüge, daß der Reichskohlenkommissar zu Verhandlungen in Essen eingetroffen sei, der in Wahrheit Berlin nicht verlassen hat.

In einem außerordentlichen Mißverhältnis zu dieser blühenden Phantastik steht das bedröckende Schweißen der französischen Presse über die wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet. Die sehr ernste und deutliche Warnung, die der Düsseldorfener Regierungspräsident Dr. Grünberg in seinem Schreiben an den französischen Oberdelegierten erlassen hat, wird hoffentlich Beachtung finden. Es wäre vielleicht zweckmäßig, wenn die französische Presse statt ihrer Tendenzmeldungen über Berlin und das Ruhrgebiet die nächsten Zahlen dieses Dokuments ihren Lesern mitteilen wollte. Dr. Grünberg stellt fest, daß die wirtschaftliche Situation, das insbesondere die Ernährungslage im Okkupationsgebiet vollkommen ungeklärt ist. Der Lohn der Bergarbeiter beträgt täglich über zwei Milliarden Mark. Wer wird ihn bezahlen? Die Lebensmittelvorräte im besetzten Gebiet sind geringfügig. Die Preise schnellen infolge der Okkupation von Tag zu Tag in die Höhe. Die scharfen Eingriffe der Besatzungsbehörden in Lebensmittel- und Futtermittelversorgung vergrößern diese Schwierigkeiten. Eine „Abschnürung“ des besetzten Gebietes von dem unbesetzten Deutschland würde von verhängnisvoller Wirkung sein, zumal das Industriegebiet mit Kartoffeln aus dem Osten Deutschlands versorgt wird. Auch der Reichsernährungsminister Dr. Luther hat in seiner gestrigen Aussprache mit den Führern der Gewerkschaften auf die völlige Unkenntnis hingewiesen, die anheimelnd bei den offiziellen französischen Stellen über die Ernährungslage im Ruhrgebiet herrscht.

Die Maßnahmen, die von französischer Seite im Laufe des heutigen Tages getroffen sind, lassen nicht erkennen, daß diese Lage irgendwie berücksichtigt wird. Nachdem gestern der Befehl zur Aushebung der deutschen Staatswälder auf dem linken Rheinufer erteilt worden ist, hat man nach den zuletzt eingegangenen Nachrichten mit den Kohlenrequisitionen auf dem Rhein heute begonnen. Eine Anzahl Schiffsladungen mit Kohlen wurde beschlagnahmt. Den Schiffen wurde aufgegeben, sich neue Schiffsbriefe zu beschaffen, auf Grund deren sie die Kohlen nach Straßburg zu befördern hätten. Sollten diese Maßnahmen wirklich durchgeführt werden, so ist ihre Folge klar: die vollkommene Einstellung des Kohlentransports zu Wasser, da sich kein Frachter der Gefahr der Beschlagnahme seiner Kohlen aussetzen wird. Es bleibt daher abzuwarten, in welcher Weise von den französischen Generalen die schwierige Aufgabe, mit Hilfe von Bajonetten Kohle zu fördern, zu sortieren und zu verladen, gelöst werden wird.

Welche Zwangsmassregeln gegen die Zechenbesitzer ergriffen werden, die dem deutschen Geleise gehorchen und die Befehle des fremden Eroberers zurückweisen, steht ebenfalls noch nicht fest. Die französische Presse erklärt, daß die Widerpenstigen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor. Heute vormittag verlautet in Essen, daß bereits Vorladungen ergangen sind. Sollte sich die Nachricht bewahrheiten, dann würden wir also eine „friedliche Aktion“ haben, deren kriegerischer Charakter durch Militärgerichte noch besonders unterstrichen wird.

In den deutschen Parlamenten, im Reichstag wie Landtag, ist gestern die Invasión, die mit Raub und Word beginnt, in ihrer wahren Beschaffenheit nochmals vor aller Welt gekennzeichnet worden. Ihr gegenüber kann die Haltung Deutschlands, aller amtlichen wie aller privaten Stellen nur dieselbe sein: die bisher eingewonnenen werden ist; Ablehnung jeder Mitwirkung an diesem Rechts- und Vertragsbruch, die dem internationalen Völkerverbrechen, wie es in einer offiziellen Kundgebung der zweitgrößten Partei Englands genannt worden ist. Daß die Lage bei uns ernst ist, daß Währungs- und Katastrophe, Kohlenmangel, Nahrungsmittelnot schwere Gefahren bedeuten, wissen wir selbst. Darüber brauchen wir von Paris aus nicht belehrt zu werden. Aber ebenso genau wissen wir, und darüber scheint man sich in Frankreich einigen Illusionen hinzugeben, daß in allen Schichten des Volkes, bei Arbeitgebern und bei Arbeitern, bei Produzenten und bei Konsumenten der feste Wille besteht, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Das eine Gute hat Poincaré

Eindruck in Westfalen jedenfalls gehabt; er hat den Zug und Trug, mit dem bisher die Absichten der französischen Gewaltthäter umhüllt wurden, endgültig zerbrochen. Er hat Klarheit darüber geschaffen, daß dort ein Verhältnißwille gegenüber der deutschen Republik am Werke ist, der nur durch den festen Zusammenhalt aller Klassen und aller Parteien gebrochen werden kann.

Deutscher Protest gegen die neue Pfandnahme.

Wir ermahnen: Es kann mit ziemlicher Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die deutsche Regierung gegen die gestern von der französischen, belgischen und italienischen Regierung beschlossene Beschlagnahme der luxemburgischen Banken in aller Form Protest einlegen wird.

„Wirtschaftsstampf auf Leben und Tod.“

Starke Minderung der französischen Hoffnungen. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 18. Januar.

Aus den heute hier vorliegenden Meldungen wird deutlich, daß wie in der „Action Française“ jetzt zugestanden wird, ein Wirtschaftsstampf auf Leben und Tod begonnen hat. Es wird darauf ankommen, wie lange Deutschland auszuhalten vermag und einzig die Welt der politischen Beobachter nicht als ganz ausichtslos betrachtet. Der bekanntlich sehr transparentfreundliche „New York Herald“ meldet zum Beispiel aus Offen, daß ein hervorragendes Mitglied der französischen Leberwachsungsmission erklärt habe, daß die Hoffnung auf Zahlung der Reparationsverpflichtungen durch die Befreiung des Ruhrgebietes fast herabgezogen worden sei. Nach der Erklärung französischer Ingenieure sei es zweifelhaft, ob unter den jetzigen Verhältnissen genug Geld oder Geldwert aus dem Ruhrgebiet herausgeholt werden könne, um die ständig wachsenden Kosten der Befreiung zu decken. Ein Zeichen der französischen Sorge sei es, daß die Befreiungsbehörde mit der angeordneten Verhaftung der Eisenbahnen zögere. Anstatt das im Ultimatum des Generals Degoutte angeordnete sofortige Haltebefehl seien die Eisenbahnen nur vor das Kriegsgericht zu bringen worden. Die Franzosen müßten, aus den Beobachtungen keine Mühen zu machen! Die französische Politik geht daraus auf, die Luft zwischen den deutschen Arbeitern und den deutschen Unternehmern zu erweitern, da ein solcher Erfolg nur dann erwachsen würde, wenn die Eingetragten des Reiches gekürzt werden könnten. Diese Eingetragten eines Amerikaners müßten Deutschland zeigen, was zu seiner Rettung notwendig ist.

Aber die Haltung der englischen und amerikanischen Regierung in Paris läßt optimistische Beurteilungen vorbereiten. Staatssekretär Hughes soll zu dem französischen Vorkämpfer in Washington, Juckerand, gesagt haben: „In jedem Falle ist Frankreich in seinem Recht.“ (Matin.) Bonar Law, der gestern eine lange Unterredung mit dem Grafen de St. Maurice gehabt hat, sei entschlossen, auch weiterhin „so wohlwollende Neutralität“ zu bewahren. Mit diesen Mitteilungen stimmen die Informationen der Vorkämpfer nicht ganz überein. Eine dieser Informationen, die ausdrücklich als „vom Lord D'Orsay“ genommen bezeichnet wird, schließt mit den Worten: „Die einzige Sorge besteht im Augenblick in der Vermutung einer englisch-französischen Einmischung. Auch dafür hat die französische Regierung eine Antwort bereit: Wenn ein Druck auf uns ausgeübt werden sollte — vielleicht in der Behandlung der Kriegsschuldenfrage — dann werden wir sofort die Befreiung und die Zwangsmaßnahmen noch verstärken.“ (!!!) Das scheint sich auf die Unterhandlungen zu beziehen, die in Washington mit dem englischen Schatzminister Baldwin gepflogen werden. Für Deutschland hat diese Kombination jetzt keine Bedeutung. Wir müssen uns jetzt auf uns selbst verlassen.

Offen, 18. Januar.

Gestern vormittag verlautet in Offen, daß bereits sechs deutsche Eisenbahnen die Verladung erhalten haben.

Wien, 17. Januar. (Eco.)

Die internationalisierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar eine Verfügung ausgehändigt über die Kohlenverteilung im besetzten Gebiet. Sie ordnet an, daß die in Offen eingeleitete internationalisierte Kohlenkommission, welche an die Stelle des Kohlenkontrollrats getreten sei, auch für die der Kontrolle der internationalisierten Rheinlandkommission unterstehenden alten besetzten Gebiete zuständig sei. Zwischenhandlungen gegen die Verfügung werden mit Strafe bedroht.

Die britischen Handelskammern gegen die Ruhrbefreiung.

Die wahren Ziele Frankreichs.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Osaka, 18. Januar.

Der Verein der britischen Handelskammern hat gestern in seiner vierteljährlichen Generalversammlung eine schon vor einigen Wochen bekannt gemachte Resolution des Vereinstags über die Wiederherstellung der Kohlenfrage genehmigt. In dieser Resolution wird eine sofortige endgültige Festsetzung der deutschen Schuld, eine internationale Anleihe für Deutschland und eine rasche Zurückziehung aller Truppen aus dem Rheinlande und aus dem Ruhrgebiet gefordert. Eine Befreiung hat nicht stattgefunden. Der Vorsitzende sagte: Wir wünschen alle, daß die Entente erhalten bleibt, aber wir müssen anerkennen, daß der Zustand außerordentlich gefährlich ist.

London, 18. Januar. (W. I. B.)

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily Chronicle“ bezieht sich mit den französischen Zielen im Ruhrgebiet und fragt, ob Reparationen nicht nur ein Vorwand der Franzosen seien. Frankreich habe zwei Ziele im Auge, erstens die dauernde Befreiung und Schwächung Deutschlands durch Lösung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes, und zweitens die industrielle Vorherrschaft in Europa, mit anderen Worten, eine direkte Herausforderung der unkontrollierten Stellung Englands. Der Generaldirektor Frankreichs sei wirklich ohne deutsche Mitwirkung, und Frankreich sei heute daran, diese deutsche Mitwirkung zu erzwingen, und verwehre sich davon Erreichung seines Zieles.

Der französische Vorkämpfer Graf de St. Maurice hat gestern eine Unterredung mit dem Premierminister Bonar Law gehabt, die eine halbe Stunde dauerte. Es wird vermutet, daß dabei die Frage der Ruhrbefreiung zur Sprache gebracht und dem britischen Premierminister Mitteilungen über die Pläne der französischen Regierung gemacht wurden.

Deutscher Protest beim Völkerbund.

Eine Note der Reichsregierung.

Gegen die französischen Truppen im Saargebiet.

Brüssel, 17. Januar. (W. I. B.)

Wegen der Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet hat die Reichsregierung mit Bezug auf längere Ausführungen der Regierungskommission erneut beim Völkerbund Verwahrung eingelegt.

Die deutsche Note stellt fest, daß die Regierungskommission gerade auf die entscheidenden Gesichtspunkte nicht eingegangen, nämlich auf den Charakter des Saargebietes als eines Abkommungsgebietes und auf die Selbstständigkeit der Verwaltung dieses Gebietes. Sie betont deshalb erneut, daß es mit der Idee und dem Zweck einer Volksabstimmung in keiner Weise vereinbar ist, wenn in dem Abkommungsgebiet Truppen einer der Mächte, die im Wettbewerb um den endgültigen Besitz des Landes stehen, mit der Aufrechterhaltung der Ordnung beauftragt werden. Ferner betont sie den Grundgedanken der Selbstständigkeit der Verwaltung des Saargebietes, der für die Aufrechterhaltung der Ordnung sogar in erhöhtem Maße gilt, weil es nach § 30 der Bestimmungen über das Saargebiet „Sache der Regierungskommission“ ist, für Ordnung und für den Schutz von Personen und Eigentum zu sorgen.

Die Note fährt sodann fort: Solange eine so wichtige Verwaltungsaufgabe nicht ausschließlich in den Händen der Regierungskommission liegt, stellt ein Geschehen in dem Verwaltungsgebäude, das im Saargebiet errichtet werden soll, Frankreich hat zwar das Recht, die Gruben auszubeuten, es ist aber nicht seine Sache, sie zu schütten.

Zu den verschiedenen von der Regierungskommission vorgebrachten Ermäßigungen praktischer Art bemerkt die deutsche Note, für solche Ermäßigungen sei nur vor Unterzeichnung des Vertrags Raum gewesen; nachdem der Vertrag in Kraft sei und seine Verfallzeit, wie angenommen werden muß, in voller Kenntnis der Verhältnisse bestimmt hätten, daß die Ordnung im Saargebiet nur durch eine britische Gendarmerie aufrecht erhalten werden sollte, sei es nicht anständig, eine so grundlegenden Bestimmung unter Anführung praktischer Bedenken unausgeführt zu lassen.

Rußlands Protest gegen den französischen Imperialismus.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Woskau, 17. Januar.

Die Jugendbände der Arbeiterverbände Moskaus und anderer Städte demonstrieren gestern gegen Imperialismus und Krieg, insbesondere gegen Frankreichs Jagdier. Die Zehnjährigen fahren fort, schärfstens die Russenpolitik Frankreichs anzugreifen. Der russische Handelslag, in dem auch ein beträchtliches bürgerliches Element vertreten ist, schloß heute mit einem Protest gegen die Ruhrbefreiung. Der Standpunkt verantwortlicher Kreise ist anscheinend für alle Fälle festgelegt. Es ist selbstverständlich, daß ein Eingegonnenem Deutschland ein Frankreich hier keinerlei Verständnis finden würde. Deutschlands Auswärtigen bringe Frankreichs Plan notwendig zum Scheitern.

Der Protest Rußlands gegen die Ruhrbefreiung zeigt, daß Rußland eine Wachsamkeit auf die Aktivitäten des Reiches erhebt, aber aktive Einmischung Rußlands in Europa kommt nicht in Frage, von der abemerkten polnischen Eventualität abgesehen.

„Italien mit Frankreich nicht solidarisch.“

Dunkle römische Stimmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 18. Januar.

Die Presse beurteilt ausnahmslos mit absoluter Einmütigkeit die französische Aktion, ein Vorgehen, der darauf schließen läßt, daß die sogenannte „Auslösung“ Boinearés auf Mussolinis Anfrage nicht ausreichen werden. Die „Epoca“ stellt fest, daß Frankreich entgegen seinem Versprechen, die wirtschaftliche Aktion in eine militärisch verwandelt habe. Frankreich wolle um jeden Preis die überurgische Herrschaft in Europa an sich reißen. Der „Mondo“ weist auf Boinearés Prestige auf die kleine Entente und Polen hin, deren Souveränität er anrufe, um sie vor den angeblichen deutschen Schritten zu retten.“ Hinter den Befehligen aber stehe Rußland. Endlich kamen befehlige Nachrichten von Woskau. Kurz, ganz Europa sei wieder ein Gegenstand wilder Leidenschaft. Der verzweifelte Widerstand gegen jede Revision des Versailler Vertrages drohe eine Katastrophe herbeizuführen. Der „Corriere d'Italia“ führt die Vorgänge in Rom, Ungarn und Bulgarien an, hofft indessen, daß die Großmächte das Schlimmste verhindern würden. Die „Tribuna“ bedauert, daß Frankreich nicht, wie Mussolini verlangt habe, sein Vorgehen auf eine rein wirtschaftliche Aktion beschränkt habe. Mussolini habe Boinearés direkt erucht, seine Aktion nicht von Militärs, sondern von Zivilisten leiten zu lassen. Es ist logisch, daß Italien sich mit der Aktion nicht solidarisch fühle, die sich so ganz anders entpuppe, als anfangs dargestellt. Diese Meinung gewinnt besondere Bedeutung durch den hochpolitischen Charakter der „Tribuna“. Daß die französische Aktion von Anfang an als militärischer Gewaltstreik geplant war, und daß die wirtschaftlichen Ziele nur als Vorwand dienten, hätte man in Rom eigentlich schon längst durchschauen können. Die (Reb) Frankreich hoffe nun, durch die Zurückziehung der Okkupation die verworrene Lage zu lösen, aber man müsse an einem praktischen Ergebnis zweifeln. Auch die „Abca Nazionale“ ist sehr erregt und sagt, die Aktion Frankreichs dürfe den Frieden nicht gefährden. Italien müsse unbedingt den Schritt einleiten, in London sowohl wie in Paris. Enttäuscht äußert sich das wegen seiner französischen Sympathie bekannte „Giornale d'Italia“, das Frankreichs Vorgehen als Attentat gegen den Weltfrieden brandmarkt. Die Deutschen hätten völlig Recht zu erklären, daß Frankreich durch den Versailler Vertrag keineswegs zu dem Schritte ermächtigt werde, der für Europa schwerste Gefahren heraufbeschwöre. Sollte Frankreich den Widerstand Deutschlands brechen, so gerate Italien in eine peinliche Lage der Abhängigkeit von Frankreich für die Kohlenlieferungen. Eine leitende Verantwortlichkeit verleihe mit die schwere Verantwortung der Regierungskreise Man könne eine ernstlich-italienische Schritt zu erwarten.

Der Londoner Vertreter des „Corriere della Sera“ berichtet über Londoner Einträge. Die Niedergerichtigkeit sei allgemein. Es sei wie ein Sprung ins Dunkle. Die Frage der Ruhrbefreiung sei offenbar ein Vorzeichen des Scheiterns der französischen Politik. Entweder werde Frankreich immer tiefer in den circulus vitiosus seiner unheilvollen Aktion verstrickt, oder

Es möge zutreffen, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet gewissen Schwierigkeiten begegne. Aber ähnliche, sogar noch größere Schwierigkeiten habe auch die deutsche Regierung, z. B. innerhalb der 50-Kilometer-Zone östlich des Rheins, wo keine deutschen Truppen unterhalten werden dürfen. Wenn die deutsche Regierung in diesen Gebieten die Ordnung ohne Truppen aufrechterhalten wolle, so bestche kein Grund, die Regierungskommission von der Durchführung einer ähnlichen Bestimmung für das Saargebiet zu befreien.

Die Regierungskommission erkläre ferner die Anwesenheit eines genügenden Gendarmepersonals aus der Bevölkerung für unmöglich und bezweifle die Verlässlichkeit einer aus Landesbewohnern zusammengesetzten Gendarmerie. Wenn dies zutreffend wäre, so könnte kein Staat von der Größe des Saargebietes eine verlässliche Gendarmerie besitzen. Lediglich sei selbst die internationalisierte Rheinlandkommission anderer Auffassung, da sie in zunehmendem Maße verlange, im besetzten Gebiet das Gendarmepersonal aus der ortsanfässigen Bevölkerung zu entnehmen.

Die Note bemerkt schließlich folgendes: „Die Regierungskommission erklärt, sie werde die örtliche Gendarmerie entsprechend ihren budgetären Mitteln und je nach Bedarf entwickeln. Ähnliche Erklärungen hat sie bereits vor längerer Zeit abgegeben. Die Einrichtung der örtlichen Gendarmerie ist bereits im Juni 1920 begonnen worden. Ihre Zahl beträgt jetzt 155 Mann. Wenn etwa ihre Erweiterung mit demselben Zeitmaß weitergeführt werden sollte, könnte sie erst in rund 60 Jahren vollendet sein, so daß der glatte und unbeeinträchtigte Verlauf der Volksabstimmung im Jahre 1935 weitgehend von dem Wohlverhalten der französischen Truppen abhängen würde. Aus diesen Gründen muß die deutsche Regierung erneut erklären, daß ihr, nachdem der Vertrag von Versailles schon drei Jahre in Kraft ist, die Ersetzung der französischen Truppen durch die vertraglich allein zulässige Gendarmerie die eine der dringendsten Aufgaben erscheint, die die Durchführung des Vertrages im Saargebiet erfordert. Sie wiederholt daher gegenüber dem Völkerbund ihre Bitte, Maßnahmen zur beschleunigten Zurückziehung der Truppen aus dem Saargebiet treffen zu wollen.“

es müsse einen demütigenden Rückzug antreten. Die Gefahr für den Frieden Europas sei jedenfalls fürchtbar.

Man wird auf tun, diese an sich zweifellos sehr bemerkenswerten römischen Proteststimmen solange mit vorläufiger Zurückhaltung aufnehmen und nicht etwa vorläufige Erwartungen darauf zu knüpfen, solange eine unmittelbare und verbindende Erklärung amtlicher italienischer Stellen über deren fernere Haltung gegenüber dem französischen Rechtsbruch nicht vorliegt.

Unterbrechung der Washingtoner Verhandlungen über die Schuldfrage und Unterbrechung „Bemerkenswerte Annäherung.“

London, 18. Januar. (W. I. B.)

Neuter meldet aus Washington: Die britische und die amerikanische Schuldfragekommission sind übereinstimmend der Ansicht, daß ein weiterer Fortschritt nicht möglich ist, bevor die britischen Vertreter mit ihrer Regierung beraten haben. Die britischen Delegierten reisen am Sonntag ab. Die Amerikaner wünschen, daß es noch während der Dauer des gegenwärtigen Kongresses zu einer Einigung kommt, da andernfalls die Frage für längere Zeit aufgeschoben werden müßte. Neuter erfährt weiter, es werde nachdrücklich erklärt, daß seine Rede von einem Abbruch der Verhandlungen sein könne. Ziele seien lediglich unterbrochen. Es bestche kein Grund, anzunehmen, daß Baldwin nicht noch länger Zeit nach Washington zurückkehren werde. Es werde darauf hingewiesen, daß zur Zeit der Eröffnung der Verhandlungen in den Auffassungen der beiden Regierungen ein wesentlicher Unterschied bestand. Aber eine bemerkenswerte Annäherung sei doch erreicht worden. Beide Seiten hätten Zugeständnisse gemacht, so daß nur noch ein kleiner Unterschied bezüglich des Zinsfußes und der Bezugsfrist geregelt werden müsse.

Französische Torpedoboote vor Memel.

Memel, 18. Januar. (W. I. B.)

Die französischen Torpedoboote „Sergent“ und „Algerie“ sind hier eingetroffen.

Keine Beteiligung Polens an der französischen Aktion.

Warschauer Erklärungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 18. Januar.

Gegenüber der erregten öffentlichen Meinung, die eine Kriegsdrohung von Rußland fürchtet, erklärt die Presse einhellig alle deutschen Gerüchte über polnische Kriegsvorbereitungen für Phantasie. Ministerpräsident Sidoriski läßt eine Erklärung gleichen Sinnes durch die Presse bekanntgeben, die alle Gerüchte über polnische Vorbereitungen für gegenstandslos erklärt und betont, Polens innere Lage und ebenso seine nachbarlichen Beziehungen gäben keinen Anlaß, an der Erhaltung des Friedens zu zweifeln. Im regierungsoffiziellen Organ wird ferner hervorgehoben, um auch dem Gedanken einer etwaigen polnischen Aktion gegen Deutschland und der daraus resultierenden Kriegsfährde entgegenzutreten, die polnisch-französischen Verträge zwängen Polen keineswegs zur Beteiligung an Sanktionen. Polen würde sich nur gegen direkte Angriffe irgendwelcher Seite wehren, und an einen Angriff denkt niemand. Diese ganze gehobene Verantwortungsaktion entspricht dem hier wiederholt betonten Willen der leitenden Kreise Polens, zwar auf der Hut zu sein, sich aber mit allen Kräften gegen alles zu kämpfen, was Polen in äußere Verwicklungen und damit zummindest zum finanziellen Zusammenbruch bringen könnte.

London, 18. Januar. (W. I. B.) Bei der Eröffnung im Wahlkreis Kentville erhielten Henderson (Arbeiterpartei) 11 666, Barnes (unabhängig-liberal) 6682 und Gee (konservativ) 6480 Stimmen.

Der Freien Stadt Danzig ist vom Wiederherstellungsausschuss der Danziger Volksherrschaft eine provisorische Sitzung zur Festlegung der Verbindlichkeiten für das ihr zurechtgehende ehemalige Reichs- und preussische Staatsvermögen und den Anteil an Danzigs Reichs- und Staatsschuld.

Kritische Punkte der Städteordnung.

Saatsregierung und Staatsrat.

P. M. Eine Gegenüberstellung der Regierungsvorlage über die neue Städteordnung mit dem ausführlichen von preussischen Staatsrat erstatteten Gutachten ergibt, daß zwischen beiden Instanzen nicht unerhebliche Differenzen bestehen, die in der weiteren Beratung im Landtag ausgeglichen werden müssen. Zum Teil hat allerdings die Staatsregierung den Abänderungsvorschlägen des Staatsrats ihre Zustimmung gegeben. So ist, um nur einiges hervorzuheben, der Erlass für einen auscheidenden Stadtvorstand im Sinne des Staatsrats entfallen worden. Während der ursprüngliche Regierungs-vorlage an die Stelle eines auscheidenden Stadtvorstandes den Bewerber, der in demselben Vorhange hinter dem Gewählten an erster Stelle stand, berufen wollte, kam jetzt durch die Wahlordnung vorgesehene werden, daß die Reihenfolge des Eintritts von Gemeinrätern durch die Mehrheit der Unterschriften des Wahlvorstandes oder durch eine Vertrauensperson bestimmt wird. Diese Einschätzung des jahren Vorkommens ist deshalb vollkommen zu heißen, weil es sich in der Praxis sehr häufig herausstellen wird, daß eine weitere Handhabung der Erwahlung ebenso im Interesse der Partei wie der Allgemeinheit liegt. Ferner hat die Regierung den Antrag des Staatsrats zugestimmt, daß zu unbesoldeten Magistratsmitgliedern nicht wählbar sein sollen die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter, die Polizeibeamten sowie die Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staats über die Städte ausgeübt wird. Endlich ist noch hervorgehoben, daß nach dem Vorschlag des Staatsrats ebenso der Uebertragung von der Magistratsverwaltung zur Bürgermeisterversammlung wie umgekehrt möglich sein soll, während die Regierung ursprünglich nur den Uebertragung von der Magistratsverwaltung zur Bürgermeisterversammlung gestatten wollte. Da die Meinungen über die Vorränge der Bürgermeister- oder Magistratsverwaltung noch keineswegs geklärt sind, so erscheint es auch nach unserer Meinung richtig, die volle Wahlfreiheit für die einzelne Gemeinde zu ermöglichen, wenn auch anzunehmen ist, daß der Uebertragung von der Magistratsverwaltung zur Bürgermeisterversammlung häufiger stattfinden dürfte, als umgekehrt.

In anderen Fällen verhält sich die Regierung den Vorschlägen des Staatsrats gegenüber ablehnend. Das gilt zunächst von Paragraph 17 des Entwurfs, der von der Wählbarkeit der Bürger handelt. Nach der Regierung soll jeder Bürger wählbar sein, der das 25. Lebensjahr vollendet hat und seit sechs Monaten ununterbrochen Einwohner des Stadtgebiets ist. Der Staatsrat will dagegen die notwendige Frist auf 12 Monate festsetzen. Wir halten den Vorschlag des Staatsrats für eine Verbesserung, da entschieden Wert darauf gelegt werden muß, daß nur solche Personen in ein städtisches Gremium berufen werden, die sich mindestens einigmaßen in die Verhältnisse der Gemeinde eingelebt haben. Die Differenz zwischen Regierungsentwurf und Staatsrat über die Zahl der Stadtvorstände ist weniger wichtig. Der Staatsrat will die Stadtvorstandszahl etwas höher festsetzen, er hält aber gleichfalls an der Höchstzahl von 99 Stadtvorständen fest. Doch soll diese Zahl nur für die Städte mit Magistratsverwaltung gelten, während in Städten mit Bürgermeisterversammlung die Zahl gerade sein und höchstens 99 umfassen soll. Dazu muß bemerkt werden, daß diese Bestimmungen auf die Berliner Gemeinde keine Anwendung finden. Die besonderen Festsetzungen für Berlin, das heute 225 Stadtvorstände zählt, bleiben von der neuen Städteordnung unberührt. Ebenso findet auf Berlin die Bestimmung, daß innerhalb von drei Monaten nach Erlass der neuen Städteordnung neu gewählt werden soll, keine Anwendung.

Ueber die Konstituierung der neu gewählten Stadtvorstandesversammlung bestimmt die Regierungsvorlage, daß die Einberufung ertmalig durch den Bürgermeister erfolgen soll. Nach dem Gutachten des Staatsrats soll der Bürgermeister auch die Versammlung bis zur Wahl eines Vorsitzenden leiten. Der Alterspräsident würde also überflüssig werden. In der Frage der nichtöffent-

lichen Sitzungen bestimmt die Regierungsvorlage, daß die Öffentlichkeit nur durch besonderen Beschluß für einzelne Gegenstände ausgeschlossen werden soll. Der Staatsrat geht darüber hinaus, indem er die nichtöffentliche Sitzung für bestimmte Arten von Gegenständen allgemein vorschreiben will. Diese Forderung entspricht der bisherigen Übung und ist auch sachlich begründet, da es leicht zu unangenehmen Situationen führen kann, wenn beispielsweise rein persönliche Angelegenheiten in voller Öffentlichkeit verhandelt werden.

Ertheilungsweise regt der Staatsrat an, den Titel „Bürgermeister“ zu streichen, und auch die Regierung erklärt sich damit einverstanden. Es wird also künftig nur Bürgermeister, Stellvertreter oder zweiter Bürgermeister und Stadträte geben. Öffentlich fallen dann auch der fürchterliche Titel „Oberstadtschulrat“ und ähnliche Amtsbezeichnungen. Wichtiger ist indessen, daß der Staatsrat die Selbstverwaltung der Städte schärfer herausgearbeitet hat, als es im Regierungsentwurf der Fall war. Seine Formulierung des Paragraphen 96: „In Selbstverwaltungsangelegenheiten beschließen die Städte unter eigener Verantwortung und sind keiner Anweisung der Aufsichtsbehörde unterworfen“ wird hinsichtlich der eigentlichen Drehpunkt der neuen Städteordnung bilden. Allerdings wird man ihm auch darin zustimmen müssen, daß die Neugestaltung der Gemeindeverfassungsgesetze bis zur Bedeutungsfähigkeit entwertet wird, wenn nicht die finanzielle Selbständigkeit der Gemeinden sichergestellt wird. Aber diese finanzielle Sicherstellung kann durch die Städteordnung allein nicht geschaffen werden. Hier müssen Reichsregierung und Reichstag das Beste tun. Um so mehr muß in der Städteordnung darauf gesehen werden, daß die Gemeinden im denkbar weitesten Umfang sich auf der Grundlage der freien Selbstverwaltung entwickeln können.

Rundgebungen aus dem Ausland.

„Recht leidet“

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (freiheldnationaler Richtung) erhielt von seiner herbeiredenden gewerkschaftlichen Spitzenorganisation aus Holland, dem Allgemeinen Niederlands-Waterband, Sitz Utrecht, eine Drahtunbekung zu der Ruhrbeziehung durch die Franzosen. Der holländische Verband bringt in dieser Rundgebung seine Erbitterung über den Rechtsbruch zum Ausdruck, den der Militarismus Frankreichs begangen habe. Militarismus ist sinnlose Macht und kein Recht. Wir brauchen nur Recht und Freiheit, und wir wünschen auch, daß ihr dafür tapfer kämpft und siegen werdet!

Januar, 18. Januar. (W. Z. S.)

Zu Beginn der gestrigen Sitzung hielt der Bundeshauptmann an den Tischof Leubtag eine Ansprache, in der er anlässlich der Behebung des Ruhrgebietes der unigen Anteilnahme der Arbeiter an der Bekämpfung der Ruhr zum Ausdruck kam. Er teilte mit, daß er aus dem Präsidium des deutschen Reichstags ein Telegramm mit dem Ausdruck des Mitgeföhls geschickt habe. Die Mitglieder des Landtags hatten sich bei der Ansprache erhoben.

Stagener, 17. Januar. (W. Z. S.)

In der heutigen Gemeinderatsitzung sprach der Bürgermeister über den schwergeprägten deutschen Völkse das wärmste Mitgeföhls der Rärminer Bevölkerung aus. Der Gemeinderat erhob sich zum Zeichen der Zustimmung von den Sitzen.

Mexiko, 17. Januar. (Ag. Duens.)

Die gesamte deutsche Kolonie in Mexiko veranlaßte eine eindringliche Protestkundgebung gegen den kriegerischen Einfall von französischen und belgischen Truppen in das Ruhrgebiet. Sie richtet an die deutschen Brüder in der Heimat den Ruf, sie darf und einzig zu bleiben in der Abwehr kriegsgelehrer Gewalt; sie erneuert gleichzeitig ihr Trugelbündnis zum deutschen Heimatlande.

Die Ernährungslage.

Befragungen im Reichsernährungsministerium.

Wie wir erfahren, finden gegenwärtig im Reichsernährungsministerium zwischen dem Reichsernährungsminister einerseits und Vertretern der Erzeuger, Verbraucher und sonstigen landwirtschaftlichen Interessenten Befragungen über die gegenwärtige Ernährungslage statt.

IV.

Belanglose Wesen: Augen werden zweimal zu sehr geöffnet; und ein Gächler munt für die Inse. Nebenpunkt! Denn wie sich die Massen bewegen — unvollständig und eindrucklos zugleich! Die Filmern (nicht für den Film gestellt, sondern vom Film überträgt) sind Gruppen unter freiem Himmel und im Haus! Wunder an Leben! An russisches Leben überdies — denn auf den Stoff kommt es ja mit an: russisches Leben ist fesselnder als triedenauer Leben.

Wenn Politschka zur Stadt fährt... wie sich die Kinder, das Weib, das Dorf am Wagen zu tun machen; quellen-wüßig Abscheu nehmen; wie man ihr Gebilde stellt — alles das ist nicht durch ein Programm mit Jini zu erklären; sondern mit dem Hinweis auf eine vorhanbene Genialität.

Stolzvolles Können. Ueberdies an indischer Atensonne. Leuchtstrebende Fälle traglichen Daseins. Der Bild hebt an jedem Nicken des Genimmels neue Mirakel. Remling! Remling!

V.

Roskwin, Koszronoff, die Polshemaja... Doch zumal dieser Roskwin. Ein gemäßig-betäubendes Kerchen hier. Vor dem Erhängen kein Bild nach der Müge! Lebendig ist er. Ja, lebensbild. Edeleios; kaum abweichend von den Abdrigen — wo ein Esaf in der Herde: bloß mit anderem Schicksal.

Wie „macht“ er das? — halt nur, indem er todend-dicht ist; hingelommt; in keinem Zug anders als stödnaturalistisch, Grundnaturalistisch, Kernnaturalistisch, Erznaturalistisch.

Daß der Naturalismus abstrakt, wählt, ausseibet, nicht etwa vollständig ist, muß ein Tertiarer allmählich wissen. Der Naturalismus ist die einzige Kunstform bei Gott nicht — denn er ist überhaupt keine Kunstform. Nur Dach und Boden der Kunstformen.

Seine Zeiterscheinung... und kann deshalb nicht vergehen. Eine Kunstform ist der Materielind-Zunpreffionismus oder der Zupressionismus oder der Weimarer Stil oder der Meiningen Stil. Der Zupressionismus, welcher, durch die unwarheineiliche Notenschwäche seiner Vertreter und Redakteure so komisch geworden ist, war eine Zeiterscheinung. Der Naturalismus ist ein Element.

So sagen, der Naturalismus habe „keine Zukunft“, wäre so geistlos, wie zu sagen, daß Leben habe „keine Zukunft“.

VI.

Naturalismus schafft in diesem Film einen bisher nicht gefaunten Sieg der Göttheit. Zu den vielen Maßstäben des Films eine neue: Steigerung nach innen. Das ist es...

Für den Film beginnt hier ein Abschnit. Man könnte sachrechnisch von einem „neuen Naturalismus“ reden. Aber das Geheimnis besteht letzten Endes nicht darin, daß etwas hier oder dort Naturalismus oder Zupressionismus oder Zunpreffionismus ist, — sondern darin: daß besser gespielt wird. Oder ich will ein ganz schlechter Kerl sein.

Die 11 Uhr-Polizeistunde.

Das Verbot der Langluftballonen

Durch Erlass des preussischen Ministerpräsidenten des Innern an die Oberpräsidenten ist für ganz Preußen die Herabsetzung der Polizeistunde auf spätestens 11 Uhr nachts und das Verbot aller öffentlichen Langluftballonen angeordnet worden. Die ministerielle Ausführungsbekanntmachung zu diesem Erlass sind heute, wie wir erfahren, im Ministerium des Innern beraten und endgültig festgelegt worden, so daß ihre Bekanntgabe im Laufe des heutigen Tages erfolgen dürfte. Wenn auch eine authentische Auslegung des Begriffes „öffentliche Langluftbarkeit“ noch nicht vorliegt, so ist doch sicher, daß in weitgehendem Maße die Langparaffalationen eingeschränkt werden sollen. Auch der Verwendung sollen nicht nur die öffentlichen Langluftballonen im üblichen Sinne verboten sein, sondern auch private Veranstaltungen sollen darunter fallen, wofür sie in Rahmen eines Galawirtsbetriebes stattfinden.

Diese Maßnahmen sind für viele Unternehmungen recht einschneidend, und eine Härte liegt, vorau aus den Kreisen des Gan- u vrtgewerbes hingewiesen wird, ganz besonders darin, daß sie vollkommen überraschend kommen und somit die Inhaber der Galstalten vor eine recht schwierige Situation gestellt haben. Von den Galstalten wird geltend gemacht, daß das Verbot der Langluftballonen für die Saalbesitzer ruinös wirken müßte. Die Galstalten sind weiter der Ueberzeugung, daß auch die vom Reichsernährungsminister angeordneten Maßnahmen bezüglich einer Verringerung der Abgabe von Fleischgerichten, Eiern usw. kaum die beabsichtigte Wirkung haben werden, da in erster Reihe durch solche Verbote der Teil der Bevölkerung getroffen werde, der gewungen sei, ständig in Wirtschaften zu sein, während die wirklichen Schlemmer und Profiteure in Räumen verschwiegener Klubs oder im eigenen Heim sich nach wie vor über alle Einschränkungen hinwegsetzen könnten. Die Gefahr ist in der Tat nicht von der Hand zu weisen, daß sich das öffentlich verpönte Vergnügen in heimliche Lokale zurückziehen und daß es dort mehr noch als bisher einen existenzföher Charakter annehmen wird. Die Herabsetzung der Polizeistunde wird auch von den Galstalten angefeindet, besonders im Hinblick auf die voraussichtlich stattfindenden Entlassungen von Personal abgilt beurteilt.

Die Interessenten haben ihre Bedenken und Wünsche den nachfolgenden Stellen vorgetragen, um noch in letzter Stunde eine Mitbestimmung zu erreichen. Voraussichtlich dürfte für morgen die ministerielle Verordnung für Berlin in Kraft gesetzt werden.

Der Schuh und Truhbund vor Gericht.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Leipzig, 18. Januar.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelte heute über die Beschwerde des deutschösterreichischen Schuh- und Truhbundes und gegen die von einer Anzahl von Landeszentralbehörden erhobenen Verbots- und Auflosungsantragungen. Der Vorsitz führte Sen.-Rat Dr. Schmidt, Beisitzer sind die Reichsgerichtsräte Dohn und Jeller. Von den beteiligten Parteien fehlen Rechtsanwalt von Golder und Jüdel. An ihr Stelle sind Rechtsanwalt Kreisbaupmann Gange und Bischof vertreten. Die Landeszentralbehörden haben Vertreter entsandt. Vor dem Eintritt in die Verhandlung erklärt der Verteidiger, daß er von dem Recht, das Gericht abzulehnen, zur Vereinfachung des Verfahrens seinen Gebrauch machen werde. Der Staatsgerichtshof hatte sich schon einmal im Sommer 1922 mit dieser Sache beschäftigt und damals die Beschwerde des deutschösterreichischen Schuh- und Truhbundes Hamburg, der Ortsgruppe Dresden des Bundes und der Ortsgruppe Leipzig gegen die Auflösung des Bundes auf Kosten der Beschwerdeführer verworfen. Nunmehr ist gegen die Auflösung des Gesamtbundes Beschwerde eingelegt worden. Die Beschwerde vertritt der Hauptgeschäftsführer des Bundes, Roth. Er bezieht das Verbot als das Ergebnis einer Massenpsychose, die durch den Kathenau-Word enttanben ist. Durch das Vergehen besonders der thüringischen Ministerien, wie durch die anwendenden Herren Müller (Brandenburg) und Freund, sei er schwer gekränkt worden. Er behalte sich vor, gegen den Staatspräsidenten von Baden, Kummel, und Müller (Brandenburg) Strafantrag wegen unwahrer Behauptungen zu erheben.

Der Stanislawsky-Film, den ich öfters sah, wie König Ludwig, aber nicht täteht, wird in kürzester Zeit veröffentlicht. Er enthalt in Moskau, vor Jahr und Tag, inmitten von Frost und Hunger. Es gibt Großes, wenn Künstler Heilige sind.

Alfred Kerr.

Deutsch-österreichische Gesellschaft. Unter diesem Namen ist von Ostprofessor der Berliner Universität, Prof. Dr. Jocke H. Galbe, (anderthalb Professor an der Staatsuniversität zu Santiago, Chile) und einem Kreis von Deutschen und Chilenen eine Gesellschaft gegründet worden, die sich zur Hauptaufgabe macht, die vielseitigen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Chile durch Organisationen und Veranstaltungen praktisch zu fördern und auszufüllen. Vorstand der Gesellschaft: Universitätsprofessor Dr. Heinrich Spiess, Rechtsanwält Nannal Bianchi und Chefredakteur Veit Krupke, Geschäftsstelle: Berlin W. 15, Kurfürstendamm 48/49. — Professor Dr. Galbe hält im Rahmen der deutsch-österreichischen Gesellschaft in Verbindung mit dem Kulturamt der Studentenschaft der Technischen Hochschule am Freitag, 19. Januar, abends 6 Uhr, in der Aula der Technischen Hochschule zu Charlottenburg (Berliner Straße 171/172) einen Vortrag über „Chile, mit besonderer Berücksichtigung seiner technischen Zukunft“. Es gelangen hierbei Lichtbilder und ein Film zur Vorführung. Eintritt frei.

Bureau gegen Kunst. Der fürchterliche Geheimsatz, der seine amtliche Erläuterung an die Bekämpfung der Kunst geknüpft hat, ist wie viele seiner enffestelten Kollegen offenbar nicht zu bändigen, und es muß dem Reichstag gewiß Empathie und Achtung aller geistig und künstlerisch interessierten Menschen entfremden, wenn er sich von einem Mononamen führen und mißbrauchen läßt. Wäre der neue Schritt gegen die Luzusteuere, soweit sie Werke lebender Künstler betrifft, endlich das Geleg in den verdienten Papierkorb befördert? Jetzt ist es der Künstlerverband deutscher Bildhauer, der gegen eine sinnwidrige und kunstfeindliche Auslegung des Wort an sich mit eigenen Gesandten behafteten Geleges beim Reichstag protestieren muß. Kommt niemand auf die Idee, einmal den lächerlich geringen Ertrag dieser Steuer mit der Arbeit, die ihre Einhebung und die unwarheineilichen Streitigkeiten machen, zu vergleichen?

Theaterkritik. In den Sammenspielen des Deutschen Theaters gelangt Maria, W. Z. S., das dreiteilige Bühnenstück „Der Kreis“ von W. Z. S. in Hamburg zur deutschen Aufführung. Die Besetzung sind in der Reihenfolge: Maria, Johanna Zerwin und Hermine Zerwin, und der Herren Kurt Götz, Max Gailhöfer, Hans Brausewetter und Ferdinand v. Wien. Die Regie führt Bernhard Reich. Die Produktion der Robert-Bühnen hat in Anbetracht der politischen Lage die gesamte Gestaltung des französischen Operette „Der Kreis“ und die bereits im Gange befindlichen Proben abgebrochen. Auch die Nachvorstellungen des Theaters am Rurkürstendamm wurden an diesem Sonntag zunächst eingestellt; der Schwan „Abenteuer in Maroffe“ wird nur bis einschließlich Sonntag, 21. Januar, gespielt.

Stanislawsky-Film.

I.

Nicht Stanislawsky selber, sondern seine Leute landen „Politschka“ (Zolnai-Erählung) auf der Filmleinwand. Und hier ist ein Film, wie ich noch keinen sah.

Der seltsame Politschka, um 1880, nichtst manömal, wird verhaun, gelobt, Befehung. Die Gutsfrau schigt ihn vor dem Soldatwerden; läßt ihn dann Geld aus der Stadt holen. Er hält sein Wort, verliert jedoch aus der Mühe die Rubel. Geht auf den Boden — und erlangt sich. (Sein Weib reunt fliegend hinauf, ein Schöchen ertrinkt; indes in der Bodmulde.) So der Vorgang.

II.

Das Unterschiedliche dieses Films von den meisten Filmen liegt darin: daß... daß... daß er besser gespielt wird. In gar nichts andrem. Oder nicht soll der Blick treffen.

Besser? Nämlich: erdhalt; eck; bis in letzte Lebensstark; ohne Jint. Der Fausdruck würde lauten: stödnaturalistisch.

Naturalismus von wimmelmnd Reichtum — und jener wimmelmnden Eiderheit wie auf Bildern Memlings in Brügge. Geniale Lebenshaltung.

Das Genie steck hier: nicht in einem Leuten oder spielenden Künstler... sondern aneinander in einer Menschengruppe. Wir kennen sie. Neue Möglichkeiten zeigt sie für den Film — in der Vertiefung durch Wahrheit.

III.

Politschka hat einen Traum: er sieht seine Angehörigen froh bekommen. Ein anderes Mal träumt jemand, daß der tote Politschka drohend auf ihn zukommt. Hier ist bezeichnend für den wunderbaren Naturalismus von Moskau: daß Abentürlisches, weil es auf naturalistischen Grunde wußt, viel zwingender, viel trübungsloser, viel ungeriffener, viel bedekender, viel störungsreter, kurz, viel ergreifender herauskommt als gemeinlich. Was neulich hier gesagt wurde: noch für das Phantastische hat Naturalismus Grundlage zu sein.

Wie „manen“ die Russen das? — Die geräumten Angehörigen sind nur etwas heller. Politschka, wenn er träumt, schaut sie bloß in reinen Sphären. Ohne Wolkenflanz. Nur Ischer; wie geschweert. Wie selbständig bekommt. Einos Inausgesprochenes webmirt kaum fühlbar... Und Politschka gläsernter Geht wandelt unauheißlich, unauheißlich, in schwebend-schwerer Sachtigkeit, so schigt entliehlich, daß kein Mensch das Unterbrechen der Jilium ketundenfang fürchten muß — wie sonst. Doch im Heberalltäglichen die erlöshärende, vertiefende Befriedenheit des Taglichen.

Diese größten Zusammenstellungen der heutigen Bühne gehalten die Wirklichkeit phantastisch wahrhaft — und die Phantastik wahrhaft wirklich...

